

Dinstag, den 8. October 1878.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

7. Sitzung vom 7. October.

2½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, von Kottitz-Wallwitz und Andere. Fürst Bismarck ist im Hause anwesend, zeigt sich aber im Sitzungssaale nur zum Zweck einer Rücksprache mit dem Präsidenten des Reichstanzleramtes.

Präsident v. Fordenbeck theilt dem Hause mit, daß der Abg. Freiherr v. Habermann am 23. September nach kurzem Krankenlager verstorben ist; die Mitglieder erheben sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Zwei Schreiben des Reichsfanzlers theilen mit, daß wegen der Aufhebung des Untersuchungsverfahrens gegen die Abg. Stöbel und Frißche das Nöthige veranlaßt sei. Ein ferneres Schreiben des Reichsfanzlers beantragt die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des „Bairischen Landboten“ wegen Verleumdung des Reichstages.

Das Hans beschäftigt sich zunächst mit einer Reihe von Wahlprüfungen, aber welche von den einzelnen Abtheilungen mündlicher Bericht erstattet wird, und zwar handelt es sich um die Wahlen der Abg. von Müller (4. Wahlkreis Hannover), Dr. v. Schliekmann (1. Wahlkreis Gumbinnen), Dr. Gareis (3. Großherzogthum Hessen), Hermes (9. Potsdam), Graf von Sieralowksi (5. Danzig), von Below (1. Köslin), Wiggers (6. Mecklenburg-Schwerin), Müller (7. Pöppeln), in Bezug auf welche der Reichstagsler ersucht wird, über die in den einzelnen Protesten angeführten Unregelmäßigkeiten und Ueberschreitungen von Amtsbefugnissen nähere Untersuchungen anzustellen und von dem Resultate dem Reichstage Mittheilung zu machen.

Die Wahlprüfungs-Commission macht dann zunächst davon Mittheilung, daß in Bezug auf die Wahl im ersten Erfurter Wahlkreise in der verfloßnen Legislaturperiode ein vom Reichstage am 12. März 1878 gefaßter Beschluß wegen strafrechtlicher Untersuchung über den Kauf resp. Verkauf einer Wahlstimme nunmehr, durch eine Mittheilung des Reichstanzlers vom 9ten September c., erliebet sei. — Auf den Antrag der Wahlprüfungscommission werden dann die Wahlen der Abg. Berger, Dr. Maier (Hobenzollern), Faber, Dr. Behrenspennig und den Doornlaak-Roolman, in Bezug auf welche rechtzeitig Proteste eingegangen sind, für gültig erklärt, da die Proteste Anlaß zu weiteren Beschläßen des Reichstages nicht bieten.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Papst, deren Gültigkeit ausgesprochen wird, bezieht das Haus ferner: den Reichstangler unter Mittheilung des Protokolls und der Wahlacten zu erfragen, über die in dem Protokolle d. d. Mesheim, den 2. August c., enthaltene Angabe, daß bei der Wahl zu Mesheim 10 auf den Namen „v. Haas“ lautende Stimmzettel aus der Wahlurne herausgenommen und durch andere Zettel ersetzt worden seien, strafgerichtliche Untersuchung anstellen zu lassen.

In Betreff der Wahl des Abg. von Buttlamer (Siegmü) wird der Reichstangler ersucht, zu veranlassen, daß der Wahlcommissar Landroth von Saugwitz zu Löwenberg darauf aufmerksam gemacht werde, daß es gemäß Wahlgesetz § 13 ein unrichtiges Verfahren sei, wenn der Wahlcommissar von den Wahlvorständen für ungiltig erklärte Stimmen als giltig annehme.

Die Wahl des Abg. von Schwendler (erster Wahlkreis des Großherzogthums Sachsen-Weimar) wird für gültig erklärt und beschloffen, den Reichstanzler bei Mittheilung des Protestes zu ersuchen, die im Protest unter Beweis gestellte Behauptung, „daß der Bürgermeister Mund in Kranichborn die Stimmzettel für Träger weggenommen und dem Ausgeber derselben mit Anretzen gedroht, auch erklärt habe: Es dürfe in Kranichborn kein Anderer gemäß werden, als für den er die Stimmzettel bereits hätte“, näher zu ermitteln und eventuell die geeignete Verfügung zu erweisen.

Auf der Tagesordnung steht noch ein Bericht der Wahlprüfungs-Commission, betreffend die Wahl des Abg. Graf Grote im 17. hannoverschen Wahlkreise. Auf den Antrag der Abg. Marquardsen wird derselbe von der Tagesordnung abgesetzt, weil noch nachträglich ein Protest in Bezug auf diese Wahl eingegangen ist, der in der Commission keine Berücksichtigung gefunden hat.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Wahl des Präsidiums und zweite Lesung des Socialistengesetzes.)

Berlin, 7. October. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den ordentlichen Professor Dr. Alfred Woltmann zu Prag und den ordentlichen Professor Dr. Heinrich Nissen zu Göttingen zu ordentlichen Professoren in der philosophischen Facultät der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg zu ernennen geruht. Der ordentliche Professor Dr. Gussow ist aus der medicinischen Facultät und der außerordentliche Professor Dr. Lober Kraus aus der philosophischen Facultät derselben Universität ausgeschieden.

Seine Majestät der König hat den Bezirks-Verwaltungs-Gerichts-Director Siehr zu Gumbinnen zum Ober-Regierungs- und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten ernannt; dem Director der Grandle'schen Stiftungen zu Halle a. S., Professor Dr. Kramer, bei seinem Ausscheiden aus dem Amte den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath und dem praktischen Arzt v. Dr. Gaul in Stolp den Charakter als Sanitätsrath verliehen; sowie die Wahl des Rectors der lateinischen Handschule und Condirectors dieser Stiftungen Dr. Adler zum Director der Grandle'schen Stiftungen und des Gymnasial-Directors Dr. Frid zu Rinteln zum Rector der lateinischen Handschule und Condirector der Stiftungen bestätigt.

Der bisherige Landbaumeister August Wolf Max Spitta ist zum königl. Bauinspector ernannt und als erster bautechnischer Hilfsarbeiter bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten angestellt worden. — Der Oberlehrer am Cadettenhause zu Dranienstein, Dr. Bruno, ist zum Rector der höheren Bürgerschule in Biedentopf ernannt worden. — Der erste ordentliche Lehrer Dr. Carl Steiger am Realgymnasium zu Wiesbaden und der ordentliche Lehrer Meinede am Gymnasium zu Hamm sind zu Oberlehrern befördert worden. — Der ordentliche Lehrer Fischer am Gymnasium zu Schrimm ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Gnesen berufen worden.

zu Gießen verfallen worden.

**Berlin, 7. Decbr.** [Se. Majestät der Kaiser und Königl] wohnten vorgefeln mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden dem großen Armee-Jagdrennen in Iffezheim bei.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] traf später ebenfalls dort ein.

[Zur Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin] stattete am Freitag Abend Sr. Königliche Hoheit der Prinz Leopold von Baiern im Neuen Palais bei Potsdam einen Besuch ab. Sr. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz nahm am Sonnabend im Laufe des Vormittags militärische Melbungen entgegen. — Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin empfing Nachmittags die Fürstin von Bismarck und deren Tochter, sowie den Legations-Secretair Grafen Kanau. — Gestern Vormittag wohnte Sr. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin, der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Waldemar dem Gottesdienste in der Kirche in Bornstedt bei. Abends fuhren die Kronprinzenlichen Herrschaften nach Kiel, zum Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich, Höflichstweilberlich gestern an der S. M. S. „Prinz Albrecht“ begeben hat. Heute Abend treffen die höchsten Herrschaften wieder in Kiel ein.

= Berlin, 7. Oct. [Fraktionsberatungen im Reichstage. — Unterbrechung Bismarck's mit Bennigsen. — Normal-Sitzungs-Commission.] Die Fraktionsberatungen im Reichstage, welche gestern Abend und heute Vormittag stattfanden.

beschäftigten sich zumest mit den Wählprüfungen, welche den Gegenstand der heutigen Plenarberatung bilden sollten. Es findet ausdrücklich am morgenden Tage keine Plenarsitzung statt, um den Tag für die Fraktionsberatungen frei zu lassen. Das Centrum wird heute Abend zuerst an das Socialistengesetz herantreten und zwar unter Theilnahme seines Führers, des Abg. Windiborst (Meppen), der für heute Abend seine Anfunft gemeldet hat. Nur die nationalliberale Fraction hat sich heute Vormittag bereits mit dem Socialistengesetz zu beschäftigen begonnen; man ist indessen über die allgemeinen Erörterungen kaum hinausgekommen. Der Abgeordnete Lasker vertheidigte warm und energisch seinen Standpunkt. Es scheint indessen nicht, daß derselbe auf eine große Unterstützung innerhalb der Fraction zu rechnen haben wird, wenigstens machten sich vielfach entgegengesetzte Ansichten geltend. Die Frage der Zeitdauer wurde bereits besprochen und von vielen Seiten einer Frist von 5 Jahren das Wort geredet. Für möglichst weitgehende Concessionen an die Regierung soll u. A. der Abg. von Unruh (Magdeburg) plaidirt haben. Er fand hierin Unterstützung seitens einiger Mitglieder der Fraction, die in Kleinstaaten gewählt worden. Der Abg. Dr. Gneiss trat für Herstellung der Regierungsvorlage zu § 1 ein, verschaffte sich aber mit seinen Anträgen keine Geltung. Im Weiteren kam man dahin überein, die Beschlüsse zweiter Lesung als bindend zu erachten und keinesfalls die letzteren für die dritte Lesung umzustoßen. § 1 wurde nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. Ebenfalls werden von den Nationalliberalen als Fraction neue Amendements nicht eingebracht werden, dagegen liegt bereits jetzt zu § 20 (dem sogen. Belagerungs- und Paragraphe) ein Antrag des Abg. Beseler vor. Derselbe will im Absatz 1 hinter den Worten: „Bedrohte sind“ (also wo es sich um augenblickliche Gefahr für Staat und Gesellschaft handelt) a. gefagt wissen: „kann der Kaiser mit Zustimmung des Bundesraths die folgenden Anordnungen für die Dauer von längstens einem Jahre treffen.“ b. Im Absatz 2 statt: „Reichsacht geben“ zu setzen: „Mittelbellung gemacht.“ c. Den Absatz 3 zu fassen: „Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen.“ Im Uebrigen liegen weitere Amendements noch nicht vor, sind aber doch wohl von Seiten der Fractionen der Rechten zu erwarten. — Fürst Bismarck war während der heutigen Reichstagsitzung etwa eine kleine halbe Stunde im Hause anwesend, im Saale erschien er nur auf wenige Minuten. Er verweilte in seinem Konferenzzimmer und hatte in demselben eine Unterredung mit dem Abg. von Bennigsen. — Am 21. d. Mts. wird die Normal-Sitzungs-Commission zu einer zehntägigen Sitzung unter dem Vorsitz des Directors Herr Sternwartz, Professor Dr. Förster, zusammentreten. Es handelt sich dabei um eine völlige Umarbeitung der Instruktion für die Sitzungsbeamten behufs einer seit längerer Zeit nothwendig erschienenen Vereinfachung dieser Instruktion. Gleichzeitig wird die Commission voraussichtlich ein anderes sehr wichtiges Geschäft erledigen. Bekanntlich ist eine neue Bearbeitung der Maß- und Gewichtsordnung vorgenommen worden, um die hervorgetretenen Inconsequenzen der bisherigen Bestimmungen zu beseitigen. Diese Umarbeitung ist den Regierungen vorgelegt worden, und es steht zu erwarten, daß man deren Rückäußerungen jetzt zur Kenntniß nehmen wird. Bei dieser Gelegenheit steht man dem Anschlusse Baierns an die übrigen Bundesstaaten und damit einer Ausgleichung des bisherigen Unterschiedes zwischen Nord- und Süddeutschland entgegen. Auch über die Eichung der Schankgefäße sind allgemeine Bestimmungen zu erwarten.

□ Berlin, 7. Octbr. [Die Situation vor der Plenarberatung des Socialistengesetzes. — Der General-Procurator Schneegans und der Reichstag.] Bis zur Stunde haben die Verhandlungen der verschiedenen Fractionen des Reichstages noch wenig Klarheit über das Verhalten der Parteien zu den von der Commission beschlossenen Amendements gebracht. Selbst innerhalb der Oppositionsparteien will man nicht einzelne Bestimmungen der Regierungsvorlage, welche in der Commission eine wesentliche Verbesserung erhalten haben, geradezu ablehnen, wenn es auch wenig zweifelhaft ist, daß bei der Abstimmung über das Ganze des Gesetzes Ultramontane, Fortschrittler, Polen, Elsäßer und einige „Wilde“ mit „Rein“ votiren werden. Anders verhält es sich innerhalb der nationalliberalen Partei. Dort hat sich in der heutigen Vormittagssitzung der Fraction, welcher heute Abend eine zweite folgen wird, der Wunsch zu erkennen gegeben, daß die von der Commission in zweiter Lesung angenommenen Beschlüsse als Norm für das Verhalten bei der zweiten Lesung im Plenum gelten mögen. Dies solle aber nicht ausschließen, dort Aenderungen vorzunehmen, wo das Gesetz an dem Widerstande der Regierung scheitern könnte. Unzweifelhaft steht es fest, daß die große Mehrheit der nationalliberalen Partei entschlossen ist, ein Gesetz zu Stande zu bringen, weil der entgegengesetzte Fall in der gegenwärtigen Situation unmöglich sei. Die aus ihren Wahlkreisen zurückkehrenden nationalliberalen Abgeordneten betonen, wie sehr die Wählerschaft darauf bestehe, das auf Kündigung zu erlassende Gesetz selbst mit denjenigen Bestimmungen anzunehmen, welche den Prinzipien der nationalliberalen Partei widerstreben. Die Abgeordneten müssen ihr Versprechen, welches sie bei der Wahl abgaben, gewissenhaft einlösen, im Vertrauen auf die Loyalität der Regierung, welche sich bei der Ausführung des Gesetzes streng innerhalb der Grenzen desselben zu halten verspricht. Indessen geht die Fraction der nationalliberalen Partei in manchen ihrer Elemente nicht auf diese Auffassung so sehr ein, daß sie darüber die praktischen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren würde. So hat sich in ihrer heutigen Fractionssitzung eine lebhaftige Discussion über die Bestimmungen betreffs der Genossenschaftsclassen erhoben. Der Commissionsbeschluß, welcher bekanntlich mit 10 gegen 10 Stimmen die liberalen Amendements verworfen, wird jedenfalls im Plenum Gegenstand einer sehr eingehenden Debatte sein, weil die nationalliberale Partei ihre Commissionsanträge aufrecht zu erhalten gedenkt. Außerdem ist es zweifellos, daß der Abg. Schulze-Delitzsch, von zahlreichen Mitgliedern aller Fractionen unterstützt, weitergehende Anträge einbringen wird, die heute Abend Gegenstand der Verhandlungen der Fraction der Fortschrittspartei sein werden. Beiläufig möchten wir hier bemerken, daß der Abg. Schulze-Delitzsch, der seinen 70. Geburtstag im verflossenen Sommer unter geföhrtten Gesundheitsverhältnissen feierte, jetzt vollständig wiederhergestellt ist und in der Plenarverhandlung das Wort ergreifen wird.

Man hofft selbst unter conservativer Abgeordneten, daß die Regierung betreffs der registrirten Genossenschaften solche Amendements schließlich annehmen werde, welche Cautelen gegen die mögliche Ausdehnung durch socialdemokratische Speculationen schaffen. Bezüglich einer 2½-jährigen Frisibestimmung sollen in bundesrätlichen Kreisen heute nicht mehr so schroffe Ansichten obwalten, als noch vor wenigen Tagen behauptet wurde. Unterstützt wird diese Auffassung durch die nunmehr im Commissionsbericht vorliegende Erklärung des Minister Grafen Eulenburg. Derselbe sagte, die Regierung wünsche, daß der Zeitpunkt baldigst erreicht werde, an welchem die verbündeten Regierungen in freier Vereinbarung mit dem Reichstage die Wiederaufhebung des Gesetzes beschließen könnten. Fürst Bismarck, der heute im Ministerrzimmer des Reichstages mit einigen ihm nahestehenden Mitgliedern des Hauses conferirte, scheint in die beiden Paragraphen über die Controlinstanz das Schwergewicht des Gesetzes zu legen. Daß die Debatten in der zweiten und dritten Lesung ungewöhnlich ausgeregt sein werden, steht außer Zweifel. Gewisse Insinuationen auf Schlußanträge, die gestellt werden sollen, um einigen Rednern das Wort abzuschneiden, finden keine Zustimmung unter den ausschlaggebenden Parteien. Deshalb ist die Annahme gewagt, daß die beiden Lesungen schon am Schluß dieser Woche beendet sein werden. Dies kann allenfalls von der zweiten Lesung gelten, während die dritte nicht vor dem 16. d. Mts. zum Abschluß gelangen dürfte. — In parlamentarischen Kreisen ist man sehr ungehalten über einen schlecht motivirten Angriff, welchen einer der höchsten Beamten des Reichslandes bei offizieller Veranlassung gegen den Reichstag gerichtet hat. In der Rede, mit welcher der kaiserliche General-Procurator Schneegans am 3. October die Arbeiten des Appellationsgerichtshofes zu Colmar für das Fiskaljahr 1878/79 in üblicher Weise eröffnet hat, ist Bezug genommen auf die beiden freiverkürzten Attentate gegen das Leben des Kaisers, für welche die Schuld der Socialdemokratie aufgebürdet wird, die man zu lange habe „ungezügelt fortwirthschaften“ lassen. Dann aber wird fortgesetzt: „Namentlich scheint auch der Reichstag darin gefehlt zu haben, daß er nicht sofort nach dem ersten Angriff auf Se. Majestät seine Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßregeln gegeben hat.“ Wie wir hören, wird bei den Debatten der zweiten Beratung über das Socialistengesetz von elassischer Seite Gelegenheit genommen werden, diesen Vorwurf zurückzuweisen.

[Der Jahres-Bericht für 1877 über die auf Selbsthilfe ge-  
gründeten Deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossen-  
schaften von Dr. H. Schulze-Delitzsch] weist wiederum eine erfreuliche  
Fortentwicklung des deutschen Genossenschaftswesens auch in dem durch den  
orientalischen Krieg für die gewerblichen Verhältnisse nach ungünstiger als  
ohnein durch die anbauende Kräfte gestalteten Jahre 1877 nach.

Zum ersten Male beschränkt sich der Bericht auf die Genossenschaften des Deutschen Reiches und ließ sich im Bestande dieser gegen 1876 ein geringer Zuwachs constatiren. Es ergaben sich nämlich

für 1876	für 1877:
1793	1827 Creditgenossenschaften,
600	622 Genossenschaften in einzelnen
	Gewerbszweigen,
633	624 Consumvereine,
54	50 Baugenossenschaften,

Ca. 3080      3123 Genossenschaften.  
Der Bericht schätzt hiernach den wirklichen Bestand auf 3200—3300 und,  
gestützt auf die von ca. 1200 derselben abgedruckten Rechnungsabschlüsse,  
ihren Verkehr auf mindestens

2200 Millionen Mark	gemachte Geschäfte,
150—160       "       "	Geschäftsanteile und Reserven und
400—410       "       "	verzinslich aufgenommene fremde Gelder.

Wie aus vorstehenden Zahlen hervorgeht, sind die Creditgenossenschaften die bei weitem zahlreichste Klasse der Genossenschaften und wie ferner der II. Abschnitt des „Jahresberichts“ und die dazu gehörigen Beilagen nachweisen, haben sie sich auch am stärksten an der Statistik theilgelassen und sind in ihrer geschäftlichen Entwicklung am weitesten vorgeschritten. Von 929 Vorstufen- und Creditvereinen führt der Bericht die Abchlüsse auf, wonach dieselben Ende 1877 468,652 Mitglieder, 93,635,583 M. Geschäftsanteile, 12,065,410 M. Reserven und 351,019,103 M. Anlehen, Spareinlagen und Bankcredite hatten. Die mit diesem Betriebscapital im 1877 gewährten Credite betrugen 1,555,402,483 M.

Das Verhältniß des eigenen zum fremden Capital ist 31,54 pCt., fast 2 pCt. günstiger als 1876, welches Ergebniß allerdings meist den württembergischen Abflüssen zu verdanken ist, die Dank der Mitwirkung der württembergischen Regierung diesmal in großer Zahl veröffentlicht werden konnten. Gleichwohl ist das Bestreben bei den Vereinen unbekennbar, durch Vergrößerung des eigenen Capitals und Abhaltung eines übermäßigen Zustusses von fremdem Capital auf eine Verbesserung des Verhältnisses des eigenen zum fremden Capital und damit auf eine immer solidere Fundirung ihrer Geschäfte hinzuwirken.

So weit der Anwaltschaft darüber Material vorlag, werden dann die ihr bekannt gewordenen 5 Concurrenzen, darunter namentlich der des Rohweiner Vorkaufereins, und 14 Liquidationen in ihren Ursachen näher besprochen. Wie früher, sind auch jetzt diese Concurrenzen und Liquidationen meist auf den Vertrauensmißbrauch der Mitglieder gegenüber den Vorständen und die ungenügende Controle Seitens der Aufsichtsräthe zurückzuführen. Diesen traurigen Vorkommnissen stehen mehrere andere Beispiele, wie schon 1876 das der Vereine in Dübosen und Wiesloch, jetzt das der Vereine Ennsdorf und Beesfelden, und vor allen des Freiburger Darlehensvereins gegenüber, wo die von großen Verlusten getroffenen Vereine sich gleichwohl erhalten und nach Dedung der Verluste, auf gesunder Grundlage reorganisiert. ihre Thätigkeit mit den besten Aussichten fortgesetzt haben.

Auch die Statistik über die Veränderungen im Mitgliedsbestande und über die Einteilung der Mitglieder nach Berufsclassen zeigt die Bewegung als fortschreitend und enträuft eben so sehr die Phrasen der Anbänger von Puffstein, daß die Schulze'schen Voranschüßvereine für die Landwirthschaft nicht geeignet seien, als die Phrasen der Socialisten, daß die „Arbeiter“ keinen Vortheil von ihrer Mitgliedschaft dort zu erwarten hätten. Denn es bildeten die Landwirthschaft mit 79,556 Mitgliedern bei 753 Vereinen 22,5 pCt. der ganzen Mitgliedschaft, die unselbstständigen Arbeiter mit 38,135 Mitgliedern 10,7 pCt. derselben.

Unter den Genossenschaften in einzelnen Gewerbezweigen haben namentlich die landwirthschaftlichen Vertgenossenschaften einen bedeutenden Zuwachs erhalten, während die anderen hieher gehörigen Arten von Genossenschaften in ihrem Bestande fast unverändert geblieben sind. Daß trotz der schon mehrere Jahre andauernden wirthschaftlichen Krisiß die Zahl der Liquidationen namentlich unter den Productivgenossenschaften nicht größer ist, hebt der Bericht mit Anerkennung hervor.

Die Consumvereine haben sich ihrer Zahl nach zwar etwas verringert, doch folgt daraus nicht der Rückgang ihrer geschäftlichen Entwicklung. 202 Vereine, deren Abzählung vorliegen, hatten Ende 1877 99,862 Mitglieder, 3,199,532 M. Geschäftsanteile, 671,519 M. Reserven, 2,564,149 M. Ueberschüssen, 899,163 M. Waarenschulden und erzielten mit diesem Capital in 1877 einen Verkaufserlös von 26,503,379 M. Die Leistungen der Vereine für die eigene Capitalbildung kommen wegen des niedrigen Normalbeitrags der Geschäftsanteile in diesen Zahlen nur unvollkommen zum Ausdruck, wichtiger erscheint in dieser Hinsicht, daß 1877 1,300,000 M. Dividenden verteilt wurden. Diese Summe hätten die Mitglieder ohne die Consumvereine



nicht erstarkt. Aber auch sie steht noch nicht dem ganzen Vertheil dar, denn die Mitgliedschaft gewährt; denn außerdem, erhielten die Mitglieder im 125,000 M. Zinsen auf Geschäftsanteile, die eine für so kleine Beiträge hohe Verzinsung, und was besonders wichtig ist, sie erhielten für ihr Geld gute und vollkommene Waare.

Für Bildungs- und Erwerbszwecke haben die Vereine aus dem Reingewinn 24,943 M. bewilligt. Die Mitgliederstatistik ergibt nur geringe Veränderungen gegen das Vorjahr. Die Arbeiter im engeren Sinne waren mit 42,425 Personen (49.2 pCt. der ganzen Mitgliedschaft) betheilt. Zum ersten Mal ist auch eine Verwaltungsstatistik der Consumvereine (von 143 derselben) beigefügt, die eine große Mannichfaltigkeit in den bezüglichen Einrichtungen beweist.

Im letzten Abschnitt, der die Baugenossenschaften behandelt, ist der Liquidation des Hamburger Bauvereins besonders gedacht, die vorzugsweise darauf zurückzuführen ist, daß die Geschäftsanteile der Mitglieder in Grundbesitz festgelegt worden waren, woraus sie nicht zurückgezogen werden konnten, als zahlreiche Räumungen der Mitgliedschaft erfolgten. Andererseits zeigen die Abschlüsse von 6 dieser Genossenschaften eine nicht ungünstige Entwicklung derselben, wenn auch nach Beseitigung des Wohnungsmangels die Bautätigkeit dieser Genossenschaften notwendig eine Einschränkung erfahren hat.

Die Frage der Behandlung der Genossenschaften in dem Socialistengesetz wird in dem von dem Abg. v. Schwarze erstatteten Commissionsbericht wie folgt erörtert: Für die Anträge der Subcommission erklären sich die Regierungsvertreter, während in der Commission selbst gegen sie nur insoweit ein Widerspruch erhoben wurde, als dieselben auch auf die „eingetragenen Genossenschaften“ und „registrierten Gesellschaften“ Anwendung finden sollen, denn nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Juli 1868 § 35 seien diese Genossenschaften bereits unter besondere staatliche Aufsicht gestellt und ihre Auflösung durch das Gericht vorgeschrieben, sobald die Genossenschaft andere, als die in dem Gesetze (§ 1) bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolge. Auch habe thatsächlich in das deutsche Genossenschaftswesen keine verderbliche politische Tendenz sich eingeschlichen. Dagegen sei von der Stellung der Genossenschaften unter dieses Gesetz eine schwere Gefährdung derselben zu befürchten. In Betreff der „eingetragenen Kassen“ sei es nicht nötig, in dem Falle, daß die Controle sich als unzulänglich erweise, mit einem Verbot nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs einzuschreiten, sondern es genüge für den beabsichtigten Zweck vollständig, wenn in diesem Falle die Schließung der Kasse und die Liquidation des Vermögens nach der Vorschrift, welche in dem Gesetze vom 7ten April 1876 (über eingetragene Hilfskassen) für den gleichartigen Fall einer Schließung durch die Behörde enthalten sei, angeordnet werde. Ein Gleiches sei für die eingetragenen Genossenschaften, dafern sie unter dieses Gesetz gestellt würden, nach der entsprechenden Vorschrift des Genossenschaftsgesetzes zu bestimmen. Gegen die demgemäß gestellten Anträge wurde geltend gemacht, daß die hier fraglichen Fälle keineswegs durch das angezogene Gesetz gedeckt würden. Denn das letztere beschränke die Zulässigkeit der Auflösung auf die Contrabention gegen die in § 1 aufgeführten geschäftlichen Zwecke. Es sei aber nicht zu bezweifeln, daß derartige Verbindungen zu socialdemokratischen Ausrichtungen gemißbraucht werden können, ohne daß eine solche Contrabention begangen werde. So könnten Vereine zur Anfertigung von Gegenständen und zum Verlaufe der gefertigten Gegenstände auf gemeinschaftliche Rechnung (§ 1 Nr. 4 des Gesetzes) gebildet werden, um Waffen zu unerlaubtem Gebrauche zu fertigen und zu liefern. Weiter sei das in dem angezogenen Gesetze vorgeschriebene Verfahren mit dem System des vorliegenden Entwurfs unvereinbar. Bei Adoption desselben würde in dem einen Falle der Richter, in dem andern die Polizeibehörde ausschließlich zuständig sein, jenseitig die Contrabention in der einen oder der anderen Form aufgetreten sei. Endlich wurde von einer Seite geltend gemacht, daß mit dem Antrage die Position der gedachten Genossenschaften verschlechtert werde. Denn, indem man dieselben nach dem Antrage von der Anwendung der vorgeschlagenen Bestimmungen ausschließe, stelle man sie unbedingt unter die allgemeine Regel des § 1. Zeigten sich daher in der Genossenschaft Verbindungen der erwähnten Art, so würde gegen sie das allgemeine Verbot des § 1 wirksam, ohne daß der Genossenschaft die in § 1 a zugesicherte, günstigere Behandlung zu Theil werde. Gegen diesen Einwand replicirte der Antragsteller, daß er die genannten Genossenschaften überhaupt nicht unter die Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs subsumirt habe. Da jedoch die gegenwärtige Meinung in der Commission Vertretung finde, stelle er den Antrag: „Auf eingetragene Genossenschaften und registrierte Gesellschaften findet der § 1 keine Anwendung.“ Die Erörterung dieser Materie führte zu der allgemeinen Frage, ob überhaupt jeder Verein und jede Genossenschaft ohne Unterschied ihres künftigen Zweckes, sonach selbst Aelternvereine und offene Handelsgesellschaften, unter das Gesetz zu stellen sei, sobald die Voraussetzungen, wie sie in § 1 näher bezeichnet sind, erfüllt werden? Diese Frage wurde von den Regierungsvertretern, wie von der Mehrheit der Commission bejaht. Der Entwurf habe bereits durch die ganz allgemeine, irgend einen Unterschied nicht andeutende Bestimmung in § 1 Abs. 2 für die Bejahung sich ausgesprochen. Ferner werde die Bejahung durch materielle Gründe gerechtfertigt. Es sei zu erwarten, daß die socialdemokratische Agitation sich in diejenigen Vereine zurückziehen werde, deren Verfassung und Zweckbestimmung zunächst nicht unter die Bestimmungen des § 1 fallen. Durch eine derartige Manipulation würde das Gesetz umgangen und das Verbot illusorisch gemacht werden können. Daher müsse man alle Formen der Vereinigung ins Auge fassen und das Verbot gegen sie wirksam werden lassen, sobald die Voraussetzungen desselben zu Tage treten. Endlich liege es selbst im Interesse der Vereine, daß durch eine Fürsorge der vorgeschlagenen Art das Eindringen von Elementen abgewendet werde, welche den eigentlichen Zweck des Vereins und hiermit dessen Existenz gefährden. Ueber das von der Subcommission vorgeschlagene Verfahren selbst ist noch Folgendes zu bemerken: Die Vorschläge wollen auch in benannten Fällen, in denen Vertretungen der gedachten Art vortreten, nicht sofort die Anwendung des § 1 anwenden, sondern den Versuch anstellen, durch außerordentliche staatliche Controle die Verbindungen für ihre erlaubten Zwecke zu erhalten. Dieses Verfahren soll nicht bloß bei den nach Maßgabe der citirten Gesetze bestehenden Verbindungen, sondern auch bei allen anderen, wesentlich auf gegenseitige Unterstützung berechneten Kassenvereinen angewendet werden. Die Wirkungen der außerordentlichen Controle selbst sind den Bestimmungen der oben citirten Gesetze vom Jahre 1868 und 1876 entnommen. Keineswegs ist hierbei beabsichtigt, daß sie alle gleichzeitig zur Anwendung kommen sollen; vielmehr soll dies nur insoweit geschehen, als sie zur Erreichung des Zweckes selbst nöthig sind. Ebenso soll nicht jede Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Controlmaßregeln mit dem sofortigen Verbot geahndet werden, sondern nur dann, wenn es sich zeigt, daß die Controle ihren Zweck zu erreichen nicht im Stande ist. Aus diesem Grunde ist das Verbot nur facultativ vorgeschrieben worden.

[Der allgemeine Parteitag der deutschen Fortschrittspartei in Berlin] wird Sonntag, den 10. oder Sonntag, den 17. November, beginnen — je nach der früheren oder späteren Berufung des preussischen Abgeordnetenhauses. Am Abend vorher wird zur Begründung der Auswärtigen eine Vorversammlung abgehalten. Die Plenarsitzungen über Programm und Organisation der Partei finden Sonntag, Montag und eventuell Dinstag Vormittag statt. — Für Sonntag Abend ist eine große Versammlung der Berliner Parteigenossen, für Montag ein Festessen zu 500 Couverts in Aussicht genommen. Am Dinstag Nachmittag soll ein Ausflug in die Umgegend den Beschluß des offiziellen Parteitages machen. Ein besonderes Comité hat die Leitung der geselligen Vereinigungen während des Parteitages und unmittelbar nach demselben in die Hand genommen. Der Besuch des Parteitages verspricht sehr zahlreich zu werden, namentlich auch Seitens früherer Abgeordneten der Partei, sowie aus Wahlkreisen, welche zur Zeit im Reichstag oder Landtag nicht durch Mitglieder der Fortschrittspartei vertreten sind.

Kiel, 7. Oct. [Empfang des Kronprinzen.] Der „N. A. Z.“ wird von hier, Vormittag 10 Uhr 10 Minuten, telegraphirt: „Ihre Kaiserl. und Königl. Hohheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind hier eingetroffen und geleiten soden unter enthusiastischen Zurufen des zahlreich versammelten Publikums und dem donnernden Salut sämtlicher im Hafen liegender Kriegsschiffe den Prinzen Heinrich an Bord der Corvette „Prinz Adalbert.“ Das Wetter ist prachtvoll.“

Strasburg, 4. Octbr. [Einstellung von Geistlichen zum Militärdienst.] Vor einigen Tagen machten wir, wie sich der Leser erinnern wird, nach dem „Els. Journ.“ Mittheilung von einer Petition des protestantischen Consistoriums zu Walsheim, in welcher

der Wunsch ausgesprochen wird, daß die protestantischen Geistlichen nur in dringenden Fällen zur Militärpflicht herangezogen und dann zu Almosenspendenleistungen sei es in Regiments-, sei es in Lazareth-, temporär verwendet werden möchten, wie es jetzt bei den katholischen der Fall ist. Die offizielle Antwort hierauf, welche sich jetzt in der „Straßb. Ztg.“ findet, erklärt es für unrichtig, daß die protestantischen jungen Geistlichen sämmtlich zur Ableistung des einjährigen Militärdienstes herangezogen werden, während die katholische Geistlichkeit in dieser Hinsicht frei ausgehe. In einzelnen Fällen seien zwar katholische Geistliche auf dem vorgeschriebenen Wege von Ableistung des activen Militärdienstes ausnahmsweise befreit resp. zurückgestellt worden, eine generelle Begünstigung der katholischen Geistlichkeit kann indessen hieraus nicht gefolgert werden, und ist auch durch das Reichsmilitär-gesetz selbst ausgeschlossen. Nach Mittheilungen verschiedener Blätter ist sogar eben wieder eine ganze Reihe junger katholischer Geistlicher als Militär eingestellt worden.

## Österreich.

Wien, 7. Octbr. [Habschi Loja.] Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Führer des bosnischen Aufstandes, Habschi Loja, gefangen genommen wurde. Das „Fr. Bl.“ schreibt darüber:

„Unserem Hauptquartier in Serajewo war schon seit Wochen der Aufenthalt Habschi Loja's bekannt. Am 27. August kamen Landleute nach der bosnischen Hauptstadt, um hier die Anzeige zu erstatten, daß Habschi Loja, welcher sich mit 500 Mann auf der Romana Planina herumgetrieben hatte, etwa 8 Stunden von Serajewo entfernt, in einem Dörfchen sein Logis aufgeschlagen hatte. Da man, um zu seinem Versteck zu gelangen, zwei insurgirte Ortschaften passiren mußte, hielt man es für zweckmäßig, in Hauptquartier nicht für angezeigt, die Spur weiter zu verfolgen. Am 5ten September traf im Konak in Serajewo ein Bauer aus Glasinac ein und machte in der Generalstabs-Abtheilung folgende Eröffnungen: Als General-Major Kopyfinger seine Reconnoissance in der Richtung von Gorazda vornahm (24. August), war Habschi Loja im Dorfe Mjesica in der Romana Planina verstreut. Davon wußten der Ortsvorstand von Glasinac, Marinko, ein Griechisch-Orientaler und warb Leute um sich, welche den Banditen einfangen sollten. Als dies in Mjesica bekannt geworden, haben die dortigen Serben den Habschi Loja, welcher schwer krank ist und sich ohne Hilfe nicht weiter bewegen kann, nach dem den Begs Spericic gehörigen Meierhofe Dgal unweit von Gorazda getragen, wo er sich aufhält. Habschi Loja dürfte hier auch am 2. October vom Oberleutnant Stipetic eingefangen worden sein, da Rogatiza nach derselben Richtung gezogen ist.“

Habschi Loja war am linken Fuße verwundet; ob er sich selbst einen Schuß gegeben oder von unseren Kugeln getroffen wurde, ist nicht festgestellt. Thatsache ist, daß er nach dem Geschie bei Han Belalobac von seinen Getreuen vom Plage geschafft wurde. Nur hier allein zeigte sich Habschi Loja auf dem Kampfsplatze, sonst blieb er zu Hause in Serajewo und leitete die Fäden der Revolution. Habschi Loja war ein Dörmisch und stets einigen Goldstücken mehr zugänglich als guten Worten. Er hat unseren General-Consul so manchen Ducaten geloset; abrigens war er so freundlich für die letzten 20 Ducaten, welche er von Herrn v. Bassich erhalten hat, diesem auf seiner Flucht nach Mostar das Geleite bis zur großen Brücke zu geben. Die Insurgenten-Vorposten wollten damals die österreichischen Flüchtlinge unter Führung des Herrn General-Consuls nicht passieren lassen, aber auf Habschi Loja's Wort war die Bahn frei. Damals waren die Köpfe der Österreicher in Serajewo sehr feil und wurden nur für fünf Pfaster ausgetauscht. Aber Sines muß man dem Gendarm nachsagen, daß es ihnen weniger um die Köpfe als um das Geld zu thun war und daß sie sich stets abfinden ließen.

Habschi Loja ist, wie jeder türkische Mönch, mit einem Turban und dem Kasikan gekleidet; er ist bereits nahe an die 60 Jahre alt, seine Gesichtszüge sollen sogar einige Gutmüthigkeit verrathen; abrigens hat er in der letzten Zeit vor dem Einmarsch unserer Truppen sehr häufig die räumigen Höter vor der Begoda Djamia mit Brot gestützt — und das thut nun gewöhnlich die Türken, wenn sie einen unangenehmen Traum gehabt haben. In Serajewo wird Habschi Loja vor das Standgericht, welchem der Major-Auditor Burian vorsteht, gebracht werden.“

Pest, 6. October. [Zur Ministerkrise.] Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht heute ein kaiserliches Handschreiben, mittelst dessen Koloman Szell seines Postens als Finanzminister enthoben und gleichzeitig aufgefördert wird, die Geschäfte seines Ressorts „bis zur anderweitigen Entschliessung Sr. Majestät“ provisorisch weiter zu führen. Ferner publicirt das Amtsblatt eine kaiserliche Entschliessung, worin die Demission des ungarischen Gesamt-Cabinet's angenommen, zugleich aber verfügt wird, daß die einzelnen Minister „bis zur Ernennung ihrer Nachfolger“ ihre bisherige Amtswirksamkeit fortsetzen. Der Unterschied in der Stilisirung der beiden kaiserlichen Handschriften hat nach dem „Pester Lloyd“ darin seine Begründung, daß die andern Minister in ihren bisherigen Functionen noch vor dem Reichstage erscheinen werden, während Szell sein Portefeuille schon in den nächsten Tagen an den Minister-Präsidenten abgibt, welcher die laufenden Aenden dieses Ressorts durch den Staatssecretär-Stellvertreter Paul v. Madarassy unter seiner (des Minister-Präsidenten) Signatur besorgen lassen wird. Mit der Annahme des Demissionsgesuches des Cabinet's Tisza hat die ungarische Ministerkrise einen gewissen provisorischen Abschluß gefunden. Der Kaiser hat die Rathschläge Szell's acceptirt. Es wird nicht ein neues ungarisches Ministerium ernannt, bevor nicht der ungarische Reichstag sein Verdict über die Politik des Herrn v. Tisza gefällt. Dadurch ist der Krise der streng parlamentarische Charakter gewahrt worden.

## Frankreich.

Paris, 4. October. [Ministerrath. — Clericales. — Ministerielle Vorlagen für die nächste Parlamentsession. — Zu den Wahlen. — Moulins. — Magne.] In Ermangelung anderer politischer Neuigkeiten muß der gestrige Ministerrath den Blättern noch Stoff liefern. Man weiß nicht genau, was darin vorgegangen; den Vermuthungen ist daher ein weites Feld geöffnet. Ein Journal will sogar wissen, daß die Minister sich bloß versammelt hätten (Mac Mahon wohnte, wie gemeldet, dem Conseil nicht bei, da er sich in la Forêt aufhält), um sich vertraulich über eine bedeutliche Angelegenheit zu besprechen. Die Haltung des Marschalls erweckt nämlich in ihnen die Furcht vor einem neuen 16. Mai. Der ministerielle „National“ giebt sich heute Abend die Mühe, diese Nachricht zu dementiren. Im Uebrigen stimmen die zuverlässigsten Berichte über die gestrigen Beratungen mit dem überein, was hier schon erzählt worden. Die große Frage der nächsten Zukunft, die Wahl der neuen Senatoren scheint die Regierung vorzugsweise zu beschäftigen; aber es werden noch einige Tage vergehen, ehe das Amtsblatt den Termin der ersten dabei erforderlichen Operation, die Ernennung der Delegirten in den Gemeinderäthen, ankündigt. Daß man den 24. October wählen könne, ist nicht mehr anzunehmen. Das Decret mußte spätestens am Sonntag veröffentlicht werden; aber der nächste Ministerrath, in welchem der definitive Beschluß gefaßt werden soll, ist auf Dinstag verschoben worden, da Mac Mahon am Sonntag einer Hochzeitsfeier beizuwohnte. — Der „Frangais“ leugnet, daß die Clerico-Monarchisten ihren Feldzug in der neuen Session mit einer Interpellation über die religiösen Conflicte der letzten Monate eröffnen wollen. Aber man ist nicht gewohnt, auf die Dementis des „Frangais“ großen Werth zu legen. Die Regierung wird sich abrigens nicht den Anschein geben, dieser Interpellation eine Wichtigkeit beizulegen, die sie nicht hat, und man ist wie es heißt, schon übereingekommen, daß nicht der Conseilpräsident Dufaure, sondern der Unterrichtsminister Bardoux den Angriff der Clericalen ab schlagen wird. Im Laufe dieser Ferien soll die Regierung eine hübsche Anzahl offizieller

Bezeugsstücke für die Annahme des Clerus in seinen Beziehungen zu den Präfecten u. s. w. gesammelt haben. — Unter den Gesehvor-schlägen, welche die Regierung bei Eröffnung der Session den Rammern vorlegen wird, sind einige von nicht-politischem Interesse, aber um so größerer socialer Bedeutung: So will Dufaure die Abschaffung der öffentlichen Einrichtungen, und wenn wir der „Liberte“ glauben, auch die Wiedereinführung der Geseheibung verlangen. Der letztere Reformvorschlag namentlich, der schon so lange von allen aufgeklärten Schriftstellern in Frankreich vergebens angestrebt wird, dürfte im reactionären Lager einen gewaltigen Lärm hervorrufen. Die politischen Gesehentswürfe sind sehr mannigfacher Art; Bardoux bringt unter andern einen Antrag ein, welcher endlich den Schulzwang zur Wahrheit machen soll. — Die antirepublikanischen Wähler in Moulins haben ihren Candidaten für die Wahl vom 13. Oct. schon wieder verloren; der ehemalige Deputirte Méplain, dem sie ein Mandat anbieten, hat ihnen geantwortet, daß er auf die parlamentarischen Ehren verzichte. — Der Senator Magne, ehemaliger Finanzminister des Kaiserreichs, ist wieder sehr bedenklich erkrankt und seine Freunde zweifeln an seinem Wiederaufkommen.

Paris, 5. October. [Angeblicher Zwiespalt zwischen den Republikanern. — Der Staat und die Secundäreisenbahnen. — de la Forge. — Midhat Pascha.] Die antirepublikanischen Blätter geben sich unflügliche Mühe, den Beweis zu liefern, daß innerhalb der republikanischen Partei ein Zwist ausgebrochen, der in der bevorstehenden Session zu einem Bruche zwischen den Gemäßigten und dem Ministerium einerseits und der großen Masse der Majorität unter der Leitung Gambettas führen müsse. Einen solchen Beweis hat man z. B. in der Haltung der „Debat's“ finden wollen. Die „Debat's“ spendeten jüngst dem Arbeitsminister de Freycinet großes Lob, um der verführlichen Reden willen, die er bei seiner letzten Rundreise gehalten, und in diesem Lobe hat man einen indirecten Angriff gegen das von Gambetta in Romans dargestellte Programm suchen wollen. Die „Debat's“ selber erklären sich hierüber heute wie folgt: „Gewisse Journale behaupten, daß wir den Arbeitsminister in formellen Widerspruch mit Gambetta gebracht und beglückwünschten uns dazu, daß wir den letzteren verurtheilt haben, um dem ersteren Beifall zu rufen. Wenn man sie hört, könnte man glauben, wer zwei Reden vergleicht und die Eigenschaften hervorhebt, welche sie auszeichnen, stelle sie nothwendig in Gegensatz zu einander. Das ist nicht unsere Meinung und solches war nicht unsere Absicht. Man hat sich mit einer zweifelhaften Aufrichtigkeit bemüht, aus der Rede Gambettas eine gewisse Zahl von Sätzen herauszugiehen, welche ohne die vorhergehenden oder nachfolgenden Erklärungen in der That einige Unruhe einflößen könnten. Wir haben unsere Vorbehalte zu diesen Sätzen gemacht, aber diese Vorbehalte haben wir fast wörtlich der Rede Gambetta's selbst entlehnt. Indem der Redner von Romans sein Programm entwickelte, legte er nicht die Annahme, dasselbe jemandem aufzudringen. Er hatte eine gewisse Zahl von Fragen aufgestellt, weniger, um sie auf der Stelle zu lösen, als um sie der Kritik zu überliefern und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie zu lenken. Man wird sich einigen, wir zweifeln nicht daran, und wir hoffen abrigens, daß die Initiative der Regierung dazu beitragen wird, die noch ein wenig verworrenen Ideen zu befeuern und die Eintracht zwischen den verschiedenen Fractionen der republikanischen Partei aufrecht zu halten. Unsere Gegner thun also sehr wohl daran, daß sie gegenwärtig sich über die Uneinigkeit im republikanischen Lager freuen, denn später wird ihnen die Freude wahrscheinlich verdoeben werden. In den republikanischen Rundgehen der letzten Zeit giebt es kein Angehen einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit, und wir sehen sorgfältig für eine nahe Zukunft kein Symptom jenes großen republikanischen Schismas, das beständig prophezeit wird und Gott sei Dank immer in die Ferne rückt.“ So die „Debat's.“ Mit den erwähnten Bemerkungen der Reactionären hängt auch eine Nachricht zusammen, die der „Figaro“ heute mit wichtiger Miene giebt. Er stellt darin dem Conseilpräsidenten Dufaure gewissermaßen als den letzten Verteidiger der bedrohten Gesellschaft hin und erzählt, daß niemals Dufaure von Seiten seiner Kollegen, selbst derjenigen, die ihm vor den Ferien nicht günstig waren, so große Aufmerksamkeiten erwiesen worden, wie gegenwärtig. Was den Marschall Mac Mahon angeht, so verdoppele derselbe seine Aufmerksamkeiten für Dufaure und erscheine sogar entschlossen, selbst seine Entlassung zu geben, wenn Dufaure sich bewegen fände, aus der Regierung auszuscheiden; was unermesslich der Fall wäre, wenn die Mehrheit das Princip der Unabsetzbarkeit der Richter antauchen wollte. — Es ist in den letzten Tagen von gewissen Verträgen des Arbeitsministers mit den großen Eisenbahngesellschaften behufs Ausführung neuer Eisenbahnlinien, an dieser Stelle die Rede gewesen. Aus dem Umstande, daß die Freycinet sich für Verwirklichung seiner Baupläne an die großen Compagnien wendet und aus einigen anderen Umständen, auf welche hier einzugehen uns zu weit führen würde, hat man vielfach geschlossen, daß der Staat auch die kürzlich von ihm erworbenen Secundärbahnen an eine der großen Compagnien, die Orleans-Compagnie abtreten werde, und die Gegner der Regierung machen sich lustig darüber, daß die Freycinet den kaum übernommenen Betrieb für Rechnung des Staates schon wieder aufgeben müsse, und daß das mit so großem Lärm ins Werk gesetzte Experiment bereits fehlergeschlagen sei. Die „Republique française“ erhebt sich mit großer Entrüstung gegen derartige Gerüchte und Behauptungen. Sie ist in der Lage, zu versichern, daß der Betrieb der Secundärbahnen durch den Staat trotz der unausgesetzten Chicane, welche die großen Bahncompagnien diesen Secundärbahnen machen, bereits jetzt sehr günstige Resultate geliefert habe, und daß schon bedeutende Ersparnisse erzielt worden. Die armen, kleinen, vom Staate übernommenen Bahnstrecken, die bisher immer im Deficit geblieben, werden in diesem Jahre, so behauptet das Gambetta'sche Blatt, per Kilometer mehr als 9000 Francs einbringen, bei 6000 Francs Kosten; sie werden also im Durchschnitt einen Gewinn von 3000 Fr. per Kilometer erzielen. Das giebt im Ganzen einen Gewinn von mehreren Millionen für die kleinen Bahnen, welche die Orleansgesellschaft nur gegen einen bedeutenden Zuschuß von Seiten des Staates übernehmen wollte. Dieses Ergebnis ist jedenfalls glänzend zu nennen, vorausgesetzt, daß die Ziffern der „Republique“ sich als richtig erweisen. Indessen bleibt doch zu erwägen, ob nicht die Frequenz der kleinen Bahnen in diesem Jahre ausnahmsweise durch den großen Verkehr, welchen die Ausstellung herbeiführt hat, ein wenig befördert worden ist. Wie diese Frequenz auf den Verkehr der großen Bahnen, die in Paris münden, wirkt, mag man aus folgenden Ziffern ersehen. Vom 1. Januar bis 11. August (also der stärkste Ausstellungsmonat September kommt noch nicht in Betracht) fuhrten von Paris ab mit der Ostbahn 2,900,000 Personen, mit der Nordbahn 2,065,000 Pers., mit der Lyoner Bahn 1,254,000 Pers., mit der Orleansbahn 1,069,000 P., mit der Westbahn 6,762,000 Pers. Es kamen in Paris an mit der Ostbahn 2,695,000 Pers., mit der Nordbahn 2,017,000 Pers., mit der Lyoner Bahn 1,205,000 Pers., mit der Orleansbahn 1,234,000 Pers., mit der Westbahn 6,669,000 Pers. Rechnet man hierzu die Frequenz auf der Pariser Gürtelbahn mit 3,464,000 Pers., so ergibt sich eine Gesamtziffer von 31,342,000 Pers. Im Ausstellungsjahre



Belgien.

**S p a n i e n.**

# Provinzial - Zeitung.

am Sonnabend die  
Springer'schen Saale  
einem Unternehmen,  
es, wie hier, von einer Anzahl, zumist den Handwerkerleuten angehörig

### Telegraphische Depeschen.

Die Bank vertheilt auch, ungeachtet der Ermahnung zum eigentlichen Vortheil vertheilt. Die ebenfalls fallende Firma Smith Fleming u. Co. empfing allen 3,900,000 Pfd. St. von der Bank, J. Morton 1,900,000 Pfd. St., James Wright 500,000 Pfd. St., William Scott 153,000 Pfd. St., W. Tailor 170,000 Pfd. St. u. (C) sind dies die Directoren der Bank). Das Eisengeschäft ist in Schottland vollkommen in's Stocken gerathen. Es schweben Verhandlungen mit der Bank von Schottland und anderen schottischen Banken, die darauf abzielen, den Depositaren bis zu 50 Procent ihrer bei d

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

\* ) per medio resp. per ultimo.

Liverpool, 7. Octbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)  
Mathematischer Umsatz 10.000 Ballen. Rubia. Tagesimport —.

Jan.-März 95.

---

8 \* Breslau, 8. Octbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen rubig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Leinbotten	..... 22	50	21	—	10
Kapsfischen maffer, pr. 50 Kilogr.	6,90	—	7,10	Mark.	
Leinfischen ruhiger, pr. 50 Kilogr.	8,40	—	8,80	Mark.	
Fliesamen schwach gefragt, rother ruhig, pr. 50 Kilogr.	40	—	42		



